

Die Ameise

Verbandsorgan der Porzellan- und verwandten Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands

Immer strebe zum Ganzen und kannst Du selber kein Ganzes werden
□ □ □ Als dienendes Glied schließ an ein Ganzes Dich an □ □ □

Redaktion, Expedition und Verlag: Charlottenburg — Privat-Postabonnement für das Vierteljahr 2 Mark

Nr. 50

Charlottenburg, Freitag, den 16. Dezember 1910

Jahrg. 37

Sperren

Bollsperrren in Deutschland: Auma (Porzellanfabrik Auma G. m. b. H.) Fürstenberg a. Weser. Ilmenau (Schumann & Klett). Krummenaach. Nieder-Salzbrenn (Franz Prause).

Salbsperrren in Deutschland: Altwasser (G. Tielsch & Co.) Bonn (Mehlem). Cortendorf. Flörsheim a. M. Gräfenroda (Geene, Eckert & Menz). Königszell. Langewiesen (Schlegelmilch). Neuhaldensleben (Hubbe). Oeslau (Böbel). Passau. Reichenbach (Schwabe). Rudolstadt (Schäfer & Vater). Schaala. Schlierbach. Selb (R. Huttschenreuther inkl. Firma Jäger & Werner). Sörnewitz. Stanowitz. Triptis.

Sperren in Oesterreich: Brüz (Steingutfabrik von Karl Spitz). Gulau (Gebr. Mehner). Frainersdorf (P. A. Wranitzky). Klösterle a. Eger (Gräfl. Thunische Porzellanfabrik).

Das Arbeitskammergesetz.

— Von Montag, den 5. Dezember, bis einschließlich Mittwoch, den 7. Dezember, verhandelte der Reichstag in zweiter Lesung über den Entwurf eines Arbeitskammergesetzes. Wir brauchen heute eine Wiederholung des Inhalts dieses Entwurfs nicht zu geben, da wir, als das Gesetz zum ersten Mal an den Reichstag gelangte, eingehender darüber berichtet hatten. Nur darauf sei noch einmal hingewiesen: Das Gesetz soll den Arbeitern zur Wahrnehmung ihrer Interessen behördlich anerkannte Organisationen schaffen, in denen jedoch die Vertreter der Arbeiter in gleicher Zahl wie die Vertreter der Arbeitgeber unter einem unparteilichen Vorsitzenden über Dinge, welche die Interessen der Arbeiter wie die der Unternehmer im gleichen Maße berücksichtigen, beraten sollten.

Da diese Art der Organisation wie die Formulierung ihrer viel zu eng gezogenen Aufgaben aber eher alles andere als eine Vertreterschaft der Arbeiter sein würde, forderten die freien Gewerkschaften und daraufhin auch die sozialdemokratischen Abgeordneten, keine Arbeits-, sondern Arbeiterkammern einzurichten; das heißt Vertretungen der Arbeiter zu schaffen, in die auch allein Arbeiter zu wählen sind. Von diesem eigentlich ganz billigen Grundsatz, daß in einer Interessenten- und Berufsvereinigung auch nur Angehörige dieser Kreise etwas zu suchen haben dürften, wollte jedoch weder die Regierung, noch wollten die bürgerlichen Parteien etwas wissen. Wohl findet dieser Grundsatz bei der Bildung von Handels-, Landwirtschafts-, Ärzte- und Advokatenkammern, wie für die Zusammensetzungen von Handwerkerorganisationen Geltung, aber für die Arbeiter hielt man eine derartige unverfälschte Interessenvertretung nicht für gut.

Doch die sozialdemokratische Fraktion im Reichstag gab deswegen den Kampf noch nicht auf. Beim § 1 entbrannte eine die Montagssitzung gänzlich ausfüllende Debatte über den Gegensatz: Arbeitskammer oder Arbeiterkammer. Zugunsten der letzteren hatten die Sozialdemokraten einen vollständig neuen Gesetzesentwurf eingebracht, der neben den Arbeiterkammern, deren Aufgaben viel weiter als im Regierungsentwurf gezogen waren,

auch die Errichtung eines Reichsarbeitsamtes forderte. Aber wie voraus zu sehen war, wurden diese Vorschläge gegen die Stimmen der Sozialdemokraten abgelehnt und es blieb bei den Arbeitskammern.

Weitere Kämpfe entspannen sich ferner um zwei Änderungen, welche die Kommission dem Regierungsentwurf eingefügt hatte. Sie betrafen einmal die Einbeziehung der Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten in den Kreis des Gesetzes und zum anderen die Wählbarkeit der Arbeitersekretäre als Arbeitnehmermitglieder der Arbeitskammer. Beiden Kommissionsbeschlüssen gegenüber erklärte die Regierung, daß, wenn diese Bestimmungen im Gesetz bestehen bleiben, die verbündeten Regierungen den Entwurf scheitern lassen würden. Darum drehten sich dann auch die heftigsten Debatten und ohne auf die mannigfachen anderen Abänderungsanträge, welche von sozialdemokratischer Seite noch zu den Kommissionsbeschlüssen gestellt wurden, einzugehen, möchten wir uns auf eine kurze Hervorhebung dieser beiden Punkte beschränken.

Die Sozialdemokraten forderten nicht nur die Berücksichtigung der Eisenbahnwerkstättenarbeiter, sondern sie beantragten, das Gesetz auszudehnen auf alle Arbeitnehmer und Arbeitgeber der Land- und Forstwirtschaft, des Handwerks, der Industrie, des Handels- und Verkehrsgewerbes, einschließlich Schiffahrt und Fischerei, der Rechtsanwalts- und Notariats-Praxis, der Reichs-, Staats- und Gemeindebetriebe. — Das paßte der Regierung gar nicht in den Kram und mit aller Heftigkeit sträubte sich der Staatssekretär Delbrück insbesondere gegen jede Bestimmung, die auch nur den Schein eines Koalitionsrechts für die Eisenbahnbeamten und Arbeiter erwecken könnte. Der Ausstand der französischen Eisenbahnarbeiter scheint den Herren in der deutschen Regierung gewaltigen Schrecken eingeflößt zu haben. Und mit der Regierung waren sich auch die Vertreter aller bürgerlichen Parteien in der Ablehnung des sozialdemokratischen Antrags einig. Aber es blieb noch der Kommissionsbeschluss übrig, der die Arbeiter der Eisenbahnwerkstätten dem Gesetz unterstellte. Das war der Regierung nicht minder unangenehm und Delbrück erklärte denn auch, daß die Beibehaltung dieser Bestimmung das Gesetz für die Bundesrat unannehmbar machen würde. Der Bundesrat fügte sich dabei auf die Gewerbeordnung, welche für die Eisenbahnarbeiter auch nicht gelte. Es half alles nichts. Der Reichstag blieb mit 132 Stimmen gegen 115 auf dem Boden des Kommissionsbeschlusses bestehen. Außer den Sozialdemokraten stimmten die Freisinnigen, Polen, Antisemiten und der weniger aristokratische Teil des Zentrums dafür.

Nicht weniger umstritten war die Wählbarkeit der Arbeitersekretäre. Während die sozialdemokratischen Abgeordneten die bedingungslose Zulassung der Arbeitersekretäre oder der Angestellten der Arbeiterorganisationen forderten, beschränkte sich die Kommission darauf, im § 13 unter anderem zu bestimmen, daß die Arbeitersekretäre und Beamten von Arbeiterorganisationen als Arbeitnehmervertreter wählbar sind, soweit sie drei Jahre im Gewerbe gearbeitet haben und ein Jahr im Bezirke der Arbeitskammer wohnen. Die Zahl solcher Vertreter darf je ein Viertel der Vertreter der Arbeitgeber und Arbeitnehmer nicht übersteigen.

Auch diesem Kommissionsbeschluss stellte Delbrück ein „Unannehmbar“ entgegen. Sonderbarer Weise, trotzdem nicht nur der nationalliberale Abgeordnete Horn, sondern auch Delbrück der Befähigung, der Unparteilichkeit und Mäßigung der Arbeitersekretäre vollste Anerkennung zollen mußte. Ja, die Rede des

Staatssekretärs enthielt ein derart umfassendes, uneingeschränktes Lob der Tätigkeit der Arbeitersekretäre, wie man es öffentlich von Regierungsseite noch nicht gehört hat. So sagte Delbrück unter anderem: „Ich teile die günstigen Anschauungen des Abgeordneten Horn über die Tätigkeit der Arbeitersekretäre, und komme auch zu demselben Schluß wie er. Wir alle kennen die Arbeitersekretäre und wissen, daß sie uns wertvolle Mitarbeiter sind. Wir wissen auch, daß sie für den Arbeiter unentbehrlich sind. Aber sind sie bei allen ihren Aufgaben, die sie zu verfolgen haben und mit Erfolg verfolgen, geeignet für die Arbeitskammern? Dies verneine ich. Der Arbeitersekretär vertritt die Interessen der Arbeiter und erhebt Klagen über Mißstände im Gewerbe; deshalb ist er nicht geeignet, in der Arbeitskammer über seine eigenen Anträge zu entscheiden. Um die Wünsche der Arbeitersekretäre zu hören, brauchen wir keine Arbeitskammern, und wenn die Unternehmer das Bedürfnis haben, mit Arbeitersekretären zu beraten — und ich wünsche und hoffe, daß dies in immer stärkerem Maße der Fall sein wird — so können sie das auch ohne die Arbeitskammer.“ Nur am Schluß seiner Rede stellte der Staatssekretär in Aussicht, daß, wenn sich die Arbeitskammern im Laufe mehrerer Jahre als soziale Friedensorganisationen bewährt haben, die Regierung auch der Zulassung der Arbeiterangestellten keine Hindernisse mehr bereiten werde.

Doch alle Reden nutzten dem Staatssekretär nichts. In namentlicher Abstimmung entschied sich der Reichstag mit 199 gegen 111 Stimmen für den Beschluß der Kommission. Dafür traten ein die Sozialdemokraten, Freisinnigen, Polen, Antisemiten und der größte Teil des Zentrums.

Nun fragt es sich, ob es bei diesen Beschlüssen bleiben wird. Wir sind nicht allzu vertrauensselig und mehr wie einmal haben sich schon zwischen der zweiten und dritten Lesung eines Gesetzes die unglaublichsten Gesinnungsänderungen bei den ausschlaggebenden Parteien vollzogen. Und in diesem Falle hängt die endgültige Entscheidung auch wieder vom Zentrum ab. Diese Partei aber ist die unzuverlässigste von allen bürgerlichen Parteien, so daß man auf Alles gefaßt sein darf. Sicher wird das Zentrum in bezug auf die Eisenbahnwerkstättenarbeiter nachgeben. Da beträgt die Stimmendifferenz nur 17. Ein Leichtes für das Zentrum, die paar Mann abzukommandieren und trotzdem noch den Nimbus der Arbeiterfreundlichkeit für seine auf Arbeiterstimmen angewiesenen Abgeordneten zu retten. Zudem hat ja auch der „christlich-soziale“ Arbeitervertreter Behrens offen erklärt, daß seine Stellung für die Eisenbahnwerkstättenarbeiter nur eine vorläufige sei! — Schwerer wird es freilich mit dem Unfall gegen die Wählbarkeit der Arbeitersekretäre werden. Da beträgt die Stimmenspannung 88! Und es fragt sich, ob darin das Zentrum geschlossen umfallen kann; denn seine Organisation und Wahlerfolge bauen sich neben der Arbeit der Kapläne auch auf dem Eintreten der christlichen Organisations-Angestellten für das Zentrum auf. Dazu kommt, daß die Neuwahlen vor der Tür stehen.

Für die sozialdemokratischen Vertreter steht fest: Werden die beiden geringen Verbesserungen der Kommission in der dritten Lesung vom Plenum wieder beseitigt, dann hat die Arbeiterschaft an dem Zustandekommen des Gesetzes kein Interesse mehr. In den weitesten Kreisen der Arbeiterschaft erblickt man ohnedies in diesem Entwurf einer gesetzlichen Arbeitervertretung nur das Verhüten einer weiteren anerkannten Standesorganisation der Arbeiterschaft. Was zu viel ist, und was man kaum in unglücklichen Tagen auch kaum noch weihen, wenn es nicht ins Leben treten kann, weil die Regierungen nicht wollen, oder wenn es, seiner dürftigen fortschrittlich gehaltenen Bestimmungen beraubt, von der Arbeiterschaft als ein Messer ohne Heft und Klinge achtlos beiseite geschoben wird.

An solchen Scheingesetzen für die Arbeiterschaft haben wir ohnedies in unserem lieben deutschen Reich genug.

Wiederholter Schwindel der „Christlichen“.

Es war uns im vornherein klar, daß die „Christlichen“ sich bemühen würden, unsere Feststellungen in Nr. 46 der „Amelse“ durch erneute Verdrehungen abzuschwächen. Nur glaubten wir nicht, daß die „Brüder in Christo“, die sonst das Menschenmögliche an Gerissenheit liefern können, dabei so ungeschickt und dumm vorgehen würden. Wir wollen uns deswegen darauf beschränken, die größten Verdrehungen wieder zurecht zu rücken.

Da wird vor allem wieder bei der Tarifrage angeknüpft und darauf hingewiesen, daß doch bei den Töpfern der Abschluß von Tarifverträgen möglich war, ebenso in anderen Berufen. Wir können dem gegenüber nur wiederholen, was wir schon in Nr. 46 schrieben: Die Kölner Verbandsleitung der

„Christlichen“ hat keinen blauen Dunst von den Verhältnissen in unserem Beruf. Auch forderten wir in jenem Artikel die „Christlichen“, die sich mit ihren vielen Tarifabschlüssen brüsteten, auf, uns anzugeben, wo und wie viele Tarife sie schon für Kollegen in der Steingut- und Porzellanfabrikation abgeschlossen hätten. Auf diese klare Frage blieben die „Christlichen“ die Antwort vollständig schuldig. Das läßt freilich tief blicken und beleuchtet die aufdringliche Großmäuligkeit der „Christlichen“, die uns, weil wir noch keine Tarifverträge haben, der Vernachlässigung der gewerkschaftlichen Aufgaben beschuldigen, in höchst interessanter Weise. Der „christliche“ Keramarbeiter-Verband umfaßt doch auch die Steingut- und Porzellanindustrie? Und wenn es den „Christlichen“ ebenfalls bisher nicht gelungen ist, für ihre Mitglieder in Steingut- und Porzellanfabriken Tarifverträge abzuschließen, dann haben die „Christlichen“ wohl auch ihre gewerkschaftlichen Aufgaben vernachlässigt? Wir sind sehr gespannt auf eine Antwort der schlauen „Brüder in Christo“.

In bezug auf die Unterstügungen gehen die „christlichen Wahrheitsfreunde“ nicht weniger strupellos gegen uns vor. Ohne auch nur einen einzigen Fall zu nennen, daß einem Mitglied von uns das Umzugsgeld aus dem Grunde vorenthalten wurde, weil das Mitglied seine Möbel nicht verkaufen wollte, bleibt das Blatt der „Christlichen“ in echt christlicher Beharrlichkeit bei seiner verleumderischen Verdächtigung und fragt: Warum sind denn solche Bestimmungen im Statut und warum wurden sie nicht abgeschafft? Hier tritt der Gang der „Christlichen“ zur schrankenlosen Verleumdung am klarsten in die Erscheinung. Die „Christlichen“ wissen so gut wie wir, daß auch sie in ihrem Statut eine Reihe von Sicherungsbestimmungen haben, die ohne zwingendste Notwendigkeit nicht gegen die Mitglieder angewendet werden. So ist es auch mit jener Bestimmung im § 19 Absatz 1 unseres Statuts. Wir forderten ja auch hier die „Christlichen“ auf, uns einen einzigen Fall zu nennen, in dem wir von einem umziehenden Mitglied den Verkauf von Möbelstücken verlangt hätten. Die „christlichen Kämpfer für Wahrheit und Recht“ blieben auch hierüber die Antwort schuldig. Aber trotzdem verleumden sie munter weiter. Dabei bezahlten wir 1909 an 109 Mitglieder 3690,85 Mark Umzugsgelder und an 351 Mitglieder 2926,52 Mark Jahrgelder. Wenn ferner die betreffende Bestimmung in unserem Statut noch nicht geändert wurde, dann beweist das nur, daß dieselbe noch niemals als eine drückende Vorschrift von den Mitgliedern empfunden wurde.

Am ärgsten aber wird der erneute Schwindel der „Christlichen“, wenn sie behaupten, wir hätten uns über unsere Leistungen in bezug auf die Streikunterstützung vollständig ausgeschwiegen. Plumper kann man wahrhaftig nicht schwindeln. Den „Christlichen“ scheinen vielmehr die Augen übergegangen zu sein, als sie in dem Artikel in Nr. 46 der „Amelse“, an der Hand von 28 einzeln aufgeführten Kämpfen sehen konnten, was wir unseren Mitgliedern an Streikunterstützung zahlten. Infolgedessen schwammen ihnen die Zahlen vor den Augen und in echt „christlicher Wahrheitsliebe“ behaupten sie nun, daß wir einem Vergleich mit den Streikleistungen der „Christlichen“ aus dem Wege gegangen wären. Und dabei führten wir in gesperrter Schrift an, daß uns die beiden Kämpfe in Schlierbach und Tetan mehr an Streikunterstützung kosteten, als der Verband der „Christlichen“ für alle Mitglieder während der acht Jahre seines Bestehens an Streikunterstützung zahlte. — Nun aber prahlen ja die „Christlichen“ damit, daß sie ihren Mitgliedern bis zu 18 Mk. pro Woche Streikunterstützung auf unbestimmt lange Zeit zahlten, während wir nur je 13 Mk. für 14 Wochen gewährten. Wir wiesen schon darauf hin, daß diese 14 Wochen bei uns zumeist überschritten werden, und wenn man die Streiktabelle in dem Artikel in Nr. 46 durchgeht, kommt man zu einer durchschnittlichen Unterstützungsdauer von 26 — sechsundzwanzig — Wochen. Ferner beträgt die höchste Streikunterstützung bei uns nicht 13 sondern 16 Mk. — Hinzu kommt noch ein Moment: Die „Christlichen“ renommieren immer mit ihren höchsten Unterstützungssätzen, aber sie sagen kein Wort, wie viele ihrer Mitglieder der höchsten Beitragsklasse angehören. Die Wahl der Beitragsklasse ist den Mitgliedern bei den „Christlichen“ frei gestellt! Es werden nur wenige den höheren Beitragsklassen angehören. Bei uns dagegen muß sich das Mitglied seinem Verdienst entsprechend in die betreffende Beitragsklasse für den Verband einreihen lassen. Infolgedessen befindet sich auch die überwiegende Mehrheit unserer Mitglieder — im Jahre 1909: 79,27 Prozent — in den beiden Höchstklassen und fast die Hälfte aller Mitglieder, 49,54 Prozent, in der höchsten Beitragsklasse. Während also bei

den „Christlichen“ die Höchstunterstützungssätze zumeist auf dem Papier stehen dürften, haben sie bei uns praktische Bedeutung.

Nun aber brillieren die „Christlichen“ ja auch mit der unbegrenzten Dauer ihrer Streitunterstützung. Das ist eine billige Renommisterei! Wenn die „Christlichen“ wirklich so freigebig mit ihren Differenzunterstützungen sind, mögen sie doch einmal — wie wir es taten — ihre Kämpfe, deren Dauer und Kosten in klarer übersichtlicher Aufstellung anführen. Wir werden dann sehen, wie lange durchschnittlich die „Christlichen“ die „unbegrenzte“ Dauer ihrer Streitunterstützungen bisher zogen. So lange diese Aufstellung fehlt, ist auf das ganze Prahlen der „Christlichen“ gar nichts zu geben. Im Gegenteil, ein anderer Vergleich zeigt, wie ärmlich die „Christlichen“ in bezug auf die Streit- und Maßregelungsunterstützungen trotz deren „unbegrenzte“ Dauer, gegen uns abschneiden. Es zahlten

die „Christlichen“

| | | | | |
|----------------------|------------|-------------|---------------|----------|
| 1907 bei 8358 Mitgl. | 27 527 Mk. | Streit- u. | also pro Kopf | 3,29 Mk. |
| 1908 „ 4888 | 21 210 „ | Maßregl.- | „ „ | 4,34 Mk. |
| 1909 „ 5721 | 88 045 „ | Unterstütz. | „ „ | 6,65 Mk. |

Das heißt in 3 Jahren bei 18 957 Mitgliedern 86 782 Mark oder pro Kopf der Mitglieder 4,05 Mk. Streit- und Maßregelungsunterstützung.

Unser Verband dagegen zahlte:

| | | | | |
|------------------------|-------------|-------------|---------------|-----------|
| 1907 bei 14 725 Mitgl. | 186 801 Mk. | Streit- u. | also pro Kopf | 12,65 Mk. |
| 1908 „ 12 984 | 105 811 „ | Maßregl.- | „ „ | 8,14 Mk. |
| 1909 „ 10 547 | 9 407 „ | Unterstütz. | „ „ | 0,89 Mk. |

Demnach gaben wir in den 3 Jahren bei 38 246 Mitgliedern 301 018 Mk. oder pro Kopf 7,87 Mk. für Streit- und Maßregelungsunterstützung aus. Wir können uns also neben den „Christlichen“ sehr gut sehen lassen; denn die Streit- und Maßregelungsunterstützung ist durchaus nicht, wie die „Christlichen“ behaupten, unsere „schwächste Seite“.

Weil nun ferner die „Christlichen“ einsehen mußten, daß sie mit ihrer Krankenunterstützung gegen unsere nicht aufkommen können, zweifeln sie die Möglichkeit an, daß es häufiger vorkommen könnte, daß bis zu 26 Wochen Krankengeldzuschuß gezahlt würde. Wieder ist das ein Beweis dafür, daß die Verbandsleitung der „Christlichen“ keine blasse Ahnung von den Verhältnissen in unserem Berufe hat, sie müßte im anderen Falle wissen, daß die unheimliche Häufigkeit der Tuberkulose unter den Porzellanern derart lange Krankheitsdauer durchaus nicht zur Seltenheit macht. Und in der Tat bezogen im Jahre 1909 94 Mitglieder den Krankengeldzuschuß für 26 Wochen, während 321 Mitglieder, oder 20,15 Prozent über 8 Wochen den Zuschuß zum Krankengeld erhielten.

Um nun jedoch noch einmal eine Gegenüberstellung der Leistungen in beiden Verbänden zu geben, an der zu erkennen ist, daß nicht allein von der Dauer und Höhe der Unterstützungen die Höchstleistungen abhängig sind, weisen wir auf Folgendes hin:

Bei den „Christlichen“ werden Sterbegeld, Reise- und Umzugs-, Kranken- und Arbeitslosenunterstützung gegeneinander aufgerechnet, so daß ein Mitglied in zwei Jahren im Höchstfall 150 Mk. Unterstützung beziehen kann. Das macht bei einem Höchstbeitrag von 80 Pfg. pro 10 Pfg. Wochenbeitrag an Unterstützung 1,87 Mk. aus.

In unserem Verband findet keine Aufrechnung statt, vielmehr können Sterbegeld, Reise- und Umzugs-, Kranken- und Arbeitslosenunterstützung hintereinander bezogen werden, ohne daß wegen der Erlangung einer Höchstunterstützung eine andere Unterstützung ausfällt. Das ergibt dann folgende Aufrechnung:

In unserem Verband wird

an Krankenunterstützung gezahlt bis zu 260 Mk.
 „ Sterbegeld „ „ „ 60 Mk.

Das macht bei einem Höchstbeitrag von 40 Pfg. 320 Mk. oder pro 10 Pfg. Wochenbeitrag 8 Mk. gegen 1,87 Mk. bei den „Christlichen“ aus.

Aus der Verbandskasse wird in unserem Verband

an Arbeitslosenunterstützung gezahlt bis zu 232 Mk.
 „ Fahr- und Umzugsgeldern „ „ „ 100 Mk.

Das macht bei einem Höchstbeitrag von 60 Pfg. 332 Mk. oder pro 10 Pfg. Wochenbeitrag 5,53 Mk. gegen 1,87 Mk. bei den „Christlichen“.

Und nun noch eine Bemerkung zu einem Auszug, den das Blatt der „Christlichen“ aus Nr. 20 der „Ameise“ vom 15. Mai 1908 bringt und in dem festgestellt wird, daß wir darin selbst die schlechte finanzielle Lage unseres Verbandes konstatierten. An sich ist der Auszug richtig. Aber er beweist gerade das Gegenteil von dem, was die „Christlichen“ mit ihm beweisen sehen möchten. Denn die Schreiberei der „christlichen Brüder“

hat doch nur den Zweck, zu beweisen, daß die Unterstützungsleistungen in unserem Verband völlig unzulänglich sein sollen. Der Artikel in Nr. 20 der „Ameise“ vom 15. Mai 1908 aber weist nach, daß wir infolge unserer übermäßig hohen Unterstützungsleistungen nicht in die Lage gekommen sind, ein Vermögen ansammeln zu können. Die von dem „Keramarbeiter“ angeführte Stelle betont eben, wie sehr wir den „Christlichen“ in bezug auf die Unterstützungsleistungen über sind. Und gerade für das Jahr 1907, auf welches sich jener Artikel in Nr. 20 der „Ameise“ vom 15. Mai 1908 bezog, brauchen wir einen Vergleich mit den „Christlichen“ nicht zu scheuen. Denn in jenem Jahr wendeten die „Christlichen“ insgesamt 85 206 Mk. Unterstützungen auf, während wir 280 617 Mk. dafür ausgeben mußten. Bei den „Christlichen“ entfielen davon auf den Kopf des Mitgliedes 4,21 Mk. und bei uns 19,03 Mk.!

Also selbst im Zittern haben die „Brüder in Christo“ kein Glück und mit ihrer plumpen und zu grob entstellten Widerlegung unserer Ausführungen haben die Herren in der kölnischen Verbandsleitung des „christlichen Keramarbeiter“ ihren viel klügeren Lehrern aus der Münchener-Gladbacher Jesuitenschule keine Ehre gemacht, sondern sie haben sich und ihre Meister im Verdrehen und jesuitischen Kniffeleien nur blamiert. Niedertracht, Heuchelei und böser Wille sind an sich schon schlechte Eigenschaften, die nur ein wenig erträglicher werden, wenn sie sich mit Intelligenz und Pfliffigkeit paaren. Fehlen aber diese beiden Ergänzungen oder werden sie gar ersetzt durch Dummheit und Ungeschick, dann bleibt nur ein Gefühl für solche armen Tröpfe übrig: Mitleid und rücksichtsvolle Nachsicht!

Lassen wir beides den kölnischen „Brüdern in Christo“ in reichem Maße zukommen. Sie können es brauchen.

Verbands-Angelegenheiten

Bekanntmachung.

Auf Beschluß des Vorstandes soll eine allgemeine Sammlung veranstaltet werden, deren Ertrag verwandt werden soll zur Veranstaltung einer Weihnachtsfeier für die Familien der im Kampfe stehenden Kollegen in Fürstenberg a. W. und Krummenaab.

Die Zahlstellenverwaltungen werden ersucht, alle Gelder, welche von den Zahlstellen-Versammlungen bewilligt, oder von den Mitgliedern für diesen Zweck besonders gesammelt werden, bis spätestens 15. Dezember an den Verbandskassierer Wilhelm Herden ein zu senden.

Auf dem Postabschnitt ist zu vermerken, daß der eingesandte Betrag als Weihnachtsgabe für die Ausständigen gilt, und ob dem 12pSt.-Fonds oder andern Mitteln entstammt.

In denjenigen Fällen, in welchen die Absicht besteht, einen Betrag zu diesem Zwecke zu leisten, die Einsendung desselben sich aber nicht bis zum 15. Dezember ermöglichen läßt, wird ersucht, dem Verbandskassierer schriftliche Mitteilung zu machen bis zu diesem Datum, daß und ev. voraussichtlich welcher Betrag noch eingeht.

Die Verteilung der Gelder erfolgt nach Beschluß des Vorstandes.
 Der Verbandsvorstand.

Zur Beachtung!

Hierzu zur allgemeinen Kenntnis, daß die Verbandskasse dem Postverkehr angeschlossen ist.

Es sind daher von jetzt ab alle Gelder, welche an die Hauptkasse gesandt werden, einschließlich der Insertionsgebühren, mittelst Zahlkarte auf das

Conto Nr. 9305, Wilhelm Herden, Charlottenburg 1,
 Postscheckamt Berlin N. W. 7

einzuzahlen.

Zahlkarten nebst Begleitschreiben sind den Zahlstellenkassierern diese Woche per Drucksache zugesandt worden. Kassierer, welche dieselben nicht erhalten haben, wollen dieses sofort dem Unterzeichneten mitteilen.
 Wilh. Herden.

Zur Beachtung

für die Zahlstellenmitglieder und Kassierer.

Gemäß § 5 A Ziffer 1 des Statuts und § 4 Ziffer 2 der Rassenordnung ist jedes Mitglied verpflichtet, pro Quartal mindestens eine Streikmarke zu lösen und zwar die in der niedrigsten Beitragsstufe (15 Pfg.) versicherten Mitglieder eine solche zu 10 Pfg., alle anderen Mitglieder eine solche zu 20 Pfg.

Aus den eingesandten Abschlüssen geht jedoch hervor, daß es Zahlstellen gibt, in denen nicht eine Streitmarke gelöst wurde, in anderen Zahlstellen wieder sehr wenig, so daß davon keine Rede sein kann, die Mitglieder hätten die statutarischen Pflichten erfüllt.

Ich mache die Mitglieder darauf aufmerksam, daß der Betrag für die nicht gelöste Pflicht-Streitmarke als Rest betrachtet wird und die Kassierer verpflichtet sind, den Betrag hierfür unter allen Umständen einzuziehen.

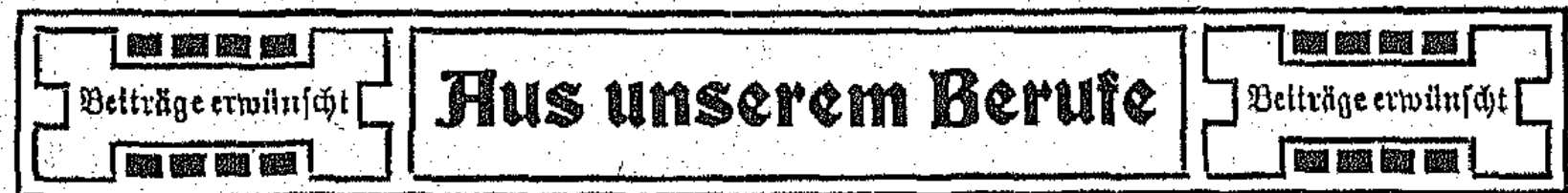
Die Kassierer ersuche ich, Reste für die statutarisch zu lösende Streitmarke überhaupt nicht erst auflaufen zu lassen. Der Betrag, pro Quartal 20 beziehungsweise 10 Pfg., ist so geringfügig, daß wohl verlangt werden kann, daß derselbe von den Mitgliedern regelmäßig bezahlt wird und von denselben wohl auch bezahlt würde, wenn sie von der Verwaltung respektive dem Kassierer darauf aufmerksam gemacht würden. Wenn natürlich die Verwaltungsmitglieder, einschließlich des Kassierers, diese Bestimmung selbst außer acht lassen, dann können sie die übrigen Mitglieder zur Pflichterfüllung nicht anhalten. In solchem Falle ist der Voß zum Gärtner gemacht.

Die Zahlstellenverwaltungsmitglieder wollen ihr Augenmerk darauf richten, daß die angeführte Bestimmung von den Mitgliedern und vor allen Dingen von ihnen selbst beachtet wird.

Demjenigen Mitgliede, das den Betrag für die Streitmarke nicht selbst zahlt, hat der Kassierer denselben ohne weiteres von dem Betrage, den das betreffende Mitglied für Verbands- und Zuschußklassenbeiträge entrichtet, jedes Quartal regelmäßig abzuziehen.

Ich hege jedoch die Hoffnung, daß es der letzteren Maßregel gar nicht bedarf, sondern nur einer Erinnerung durch den Kassierer um die Mitglieder zur Lösung der Pflicht-Streitmarke zu veranlassen.

W. Herben.



Auma. In dem Betriebe der Porzellanfabrik von **Berghaus** beunruhigt die Defektfrage die Arbeiter immer von neuem. Dazu kommt ferner noch, daß die Firma bemüht ist, recht viele, billiger arbeitende ausländische Arbeiter herbei zu ziehen. Darüber wird uns unter anderem berichtet: Schon seit längerer Zeit wurde von hiesigen Einwohnern erzählt, daß ein größerer Trupp ausländischer Arbeiter, Russen, Galizier und Rumänier, für die Porzellanfabrik Berghaus eintreffen werde. Endlich, am 22. November, wurden 40—50 Strohsäcke mit Holzwolle gestopft, und am Abend begaben sich drei Beamte nach dem Bahnhof, um die lange erwarteten „tüchtigen Arbeitskräfte“ zu empfangen. Doch wie staunten die Herren, als der Zug leer ankam; aber es dauerte nicht lange, und der Zug um 11 Uhr brachte die erwarteten 46 Personen, 20 männliche, 23 weibliche, die sofort nach ihrem neuen Heim geführt wurden. Warum ließ wohl Herr Berghaus die fremden Arbeiter kommen? Er suchte im Laufe dieses Sommers in verschiedenen Zeitungen tüchtige Arbeiter und Arbeiterinnen. Auch schickte er einen Agenten, um bei hohem Lohn Leute an zu werben. Er hatte auch Glück mit den Gesuchen und von allen Gegenden kamen Arbeiter und Arbeiterinnen. Aber sie hatten sich geirrt mit dem „hohen Lohn“; denn wie sie gekommen, so gingen sie auch wieder ab. Bis auf einzelne, welche nach so hiesig wie es heißt, in der Fabrik geblieben sind. Die Fabrik hat eine große Anzahl von Arbeiterinnen, die Anna haute, dürfte wohl jedem denkenden Menschen klar sein. Er spekuliert auf gute und billige Arbeitskräfte und auf das über alle Maßen gutmütige Menschenmaterial. Den hiesigen Verhältnissen angemessen, dürfte wohl der Tagelohn von 2,70 Mk. nicht zu hoch sein; aber Herr Berghaus ist jedenfalls der Meinung, daß noch billigere Arbeitskräfte zu gewinnen sind. Die Vorgänge in der letzten Zeit, sowie die schlechten Verhältnisse in der genannten Fabrik überhaupt, sollte den hiesigen Arbeitern endlich zum Bewußtsein bringen, daß nur eine starke Gewerkschaftsorganisation allein imstande ist, solche Mißstände zu beseitigen. Wäre die Arbeiterschaft einig, dann wäre sie sogar in der Lage, bei der Masseneinstellung von ausländischen Arbeitern ein wichtiges Wörtchen mit zu reden. Heute dient der ausländische Arbeiter, der irgend ein Recht nicht besitzt, dem Unternehmertum als willen- und rechtloses Ausbeutungsobjekt zur Niederhaltung der einheimischen Arbeiter. Kollegen, erwacht endlich aus Eurer Gleichgültigkeit und tretet ein in die Reihen der Organisation.

Fürstenberg a. W. Während der Stand des Kampfes im allgemeinen unverändert geblieben ist, wird uns über einen Arbeitswilligen folgendes berichtet: Der unorganisierte Dreher

M. Müller hatte sich vor einiger Zeit als Porzellandreher nach einer besser belohnten Stellung umgesehen und war in der Porzellanfabrik zu Volkstädt bereits in Arbeit getreten. Letzgenannte Firma hat aber eine Privatkrankenasse, wo nur völlig gesunde Leute im Betriebe auf Grund des ärztlichen Befundes des Kassenarztes aufgenommen werden, anderenfalls werden diese der Ortskrankenasse zu Volkstädt überwiesen. Als Müller am zweiten Tage seiner Tätigkeit untersucht wurde, fand der untersuchende Arzt ein länger bestehendes bösartiges Lungenleiden und empfahl Rückkehr nach Fürstenberg, da die Betriebskrankenasse in Volkstädt auf Grund des Befundes Heilbehandlung und Krankenunterstützung gewähren müßte! Dieses tat M. und machte nun bei der fürstenberger Betriebskrankenasse der Porzellanfabrik — da er hier Jahre lang tätig gewesen war — seine Ansprüche geltend, weil die zweitägige Beschäftigung in Volkstädt nur als Versucharbeit gelten könnte und er vorher schon mehrere Wochen erkrankt war! Die fürstenberger Betriebskrankenasse lehnte aber die gestellten Ansprüche des Müller ab, fertigte jedoch für Müller die Schriftsachen zur Beschreitung des Rechtsweges gegen sich selbst an bei der herzoglichen Kreisdirektion Holzminden und dem herzoglichen Verwaltungsgerichtshof zu Braunschweig, die Müller unterschrieb und sich hierbei selbst „hineinlegte“, weil sie im Interesse der Kasse gegen M. abgefaßt waren, so daß er selbstverständlich in beiden Instanzen abgewiesen wurde! Nach Angabe der fürstenberger Kasse und durch die geleisteten Unterschriften des M. gegen sich selbst wurde angenommen, daß das Lungenleiden erst ganz neuen Datums sei, so daß die Volkstädter Kasse heran zu ziehen wäre! Die fürstenberger Kasse des Porzellanbetriebes hatte Müllers Unkenntnis richtig aus zu nützen verstanden, denn jedem Laien dürfte bekannt sein, daß ein bösartiges Lungenleiden nicht plötzlich auftreten kann, sondern immerhin andere Krankheitserscheinungen vorausgegangen sein müssen. Dann wandte sich Müller als unorganisierter Arbeiter an seine organisierten Berufskollegen in dieser Notlage und bat um Hilfe, welche ihn an das Arbeitersekretariat Braunschweig verwies. Selbstverständlich ging das Arbeitersekretariat durch die Befürwortung der organisierten Porzellanarbeiter gegen die Ortskrankenasse Volkstädt vor, da ja M. den anderen Weg selbst hatte ungünstig für sich gestalten helfen, und erhielt M. hierauf 62,61 Mk. zugesprochen und ausgehändigt! Müller dankte und versprach den Anschluß an die Berufsorganisation! Dieses Wort hat Müller nicht eingelöst, denn er blieb im Betriebe der „gelben“ Werkstätte und leistet jetzt bei der Lohnbewegung der organisierten Porzellanarbeiter Fürstenbergs bei dieser Firma „Arbeitswilligendienste“! Hiermit nicht genug, es wurde noch ein Verwandter des Müller, der beim Eintritt der Lohnbewegung außerhalb tätig war, als Arbeitswilliger für diese Firma in Fürstenberg herbeizitiert! Nun gehen Beide Arm in Arm als Arbeitswillige täglich zur Porzellanfabrik und helfen die um eine angemessene Lohnerhöhung und um das Koalitionsrecht ringende organisierte Porzellanarbeiterschaft niederringen! Für die kämpfenden Kollegen ist dieser Vorfall eine erneute Lehre, die beachtet werden möge! Zudem kommt noch, daß dieser Müller einer der ersten war, der in eine von den Streitenden geräumte Wohnung zog. Die streikende Kollegenschaft Fürstenbergs wird um so mutiger kämpfen und trennen bis zur Erreichung ihres Ziels wie ein Mann zusammenstehen. Die nächsten Tage nach Fürstenberg

Kalla. Uns wird berichtet: Die Direktion der hiesigen Porzellanfabrik erläßt durch Anschlag in ihren Arbeitsjalen und Fabrikräumen folgende Bekanntmachung: „Nachdem seit längerer Zeit Porzellandiebstahle in unseren Fabriken festgestellt worden sind, sehen wir uns der besseren Kontrolle halber genötigt, von heute ab keinerlei Porzellan aus unseren Fabriken weder käuflich noch umsonst (Bruch) an bei uns beschäftigte Personen abzugeben. Wir müssen unsere Arbeiter bitten, sich eigene Gefäße in Ton oder Emaille für Kaffee und Essen anzuschaffen. Für die Folge wird eine scharfe Kontrolle ausgeübt und vorkommenden Falles unnachsichtlich Anzeige wegen Diebstahls erfolgen.“ — Wir wissen nicht, in welchem Umfange in den Betrieben der Aktien-Gesellschaft gestohlen worden ist. Die Direktion vermied es ja auch, die Menge der gestohlenen oder vermischten Waren anzugeben. Sie macht sich die Sache viel einfacher und behandelt kurzerhand die ganze Arbeiterschaft als eine Spitzbubengesellschaft, der nicht zu trauen ist und die aufs schärfste kontrolliert werden muß. Das ist wieder ein Beweis von der Einschätzung, die man der Arbeiterschaft zu teil werden läßt; derselben Arbeiterschaft, welche den Aktionären der Gesellschaft seit Jahren ungeheure Gewinne erarbeitete. Und wir müssen

gestehen, anstelle der obigen Bekanntmachung würde uns für nachfolgende Erklärung der Arbeiterschaft viel verständlicher und angebrachter erscheinen: „Nachdem wir seit einer langen Reihe von Jahren bemerken mußten, wie sich die Aktionäre die Mehrererträge unserer Arbeit in Form von Dividenden bis zur Höhe von 33 Prozent in die Tasche steckten, sehen wir uns genötigt, von heute ab, zwecks besserer Bezahlung unserer Arbeit, höhere Löhne zu fordern. Wir können und wollen den Aktionären nicht mehr die fabelhafte Dividende und den Aufsichtsräten und Direktoren die riesenhaften Lantienmen abgeben. Wir müssen die Herren darum bitten, sich durch eigene Arbeit anderweitig zu versorgen.“

Hus anderen Verbänden

Bergarbeiter. Die Forderungen der Bergarbeiterorganisationen des Ruhrgebiets wurden abgelehnt. Der Zechenverband hat auf die Eingabe der Bergarbeiterorganisationen eine ablehnende Antwort erteilt. Dem christlichen Gewerbeverein wurde bestätigt, daß er in höflicher, beinahe unterwürfiger Form, die von dem sonstigen Verhalten dieser Organisation auffallend absteicht, seine Eingabe gemacht habe. Trotzdem wird ihm aber kein Zugeständnis gemacht. Grundsätzlich hält der Zechenverband an der Auffassung fest, die er bisher stets verfochten hat, daß er es ablehnt, die Organisation der Bergleute als verhandlungsfähige Instanz anzuerkennen. Er vertritt nach wie vor die Meinung, daß Fragen des Lohnes und der sonstigen Arbeitsverhältnisse die einzelnen Belegschaften mit den einzelnen Zechen zu verhandeln haben. Weder der christliche Gewerbeverein, noch der alte Verband seien ermächtigt, im Namen der gesamten Belegschaft zu sprechen oder Forderungen zu stellen.

Der Tabakarbeiterverband hat eine außerordentliche Aktion zur Unterstützung seiner arbeitslosen Mitglieder unternommen, die sich allerdings infolge des durch die vorjährige Tabaksteuererhöhung bewirkten Geschäftsrückganges und der Aufhebung der Reichsunterstützung in einer bedauernswerten Notlage befinden. Vorstand und Ausschuß des Verbandes machen bekannt, daß in der Zeit vom 4. Dezember 1910 bis 1. April 1911 eine außerordentliche Arbeitslosenunterstützung gewährt wird. Anspruch auf dieselbe haben ausgesteuerte Mitglieder, die zurzeit arbeitslos sind oder bis zum 1. April arbeitslos werden. Die Unterstützung wird in Höhe der statutarischen Sätze gewährt, und zwar nach 26 wöchiger Mitgliedschaftsdauer bis zu vierzehn Tagen. Die Unterstützungszeit steigt bis zu 42 Tagen für solche Mitglieder, die dem Verband vier Jahre und länger angehören.

Der Verband der Industriellen fand sich am 9. Dezember in dem hoch vornehmen Hotel „Ablon“ in Berlin zusammen, um seinem verdienten Geschäftsführer Bueck ein letztes Adb zu sagen. Herr Bueck scheidet aus seinem Amte als Generalsekretär des Zentralverbandes Deutscher Industrieller; zu seinem Nachfolger wurde der Regierungsrat Dr. Schweighöffer bestimmt. Noch einmal erstattete Herr Bueck den Geschäftsbericht und noch einmal läßt er den ganzen Haß, den er der Arbeiterbewegung im allgemeinen und der Sozialdemokratie im besonderen im Laufe seiner 37-jährigen Tätigkeit entgegen gebracht hat, sich zuerst rechnen. Er rechnete mit dem Bund der Industriellen ab, von dem er ein ungewöhnliches Maß von bösem Willen und bewußter Verlogenheit zum Vorwurf machte. Dann kam ein Kompliment an die Landwirtschaft und nun ging Herr Bueck zu seinem Lieblings-thema über, zur Bekämpfung der Sozialdemokratie. Den versammelten Industriellen hielt er vor, daß ihre Opferwilligkeit noch lange nicht mit der verglichen werden könne, die in den Reihen der Sozialdemokratie üblich sei. Nicht einmal zur Errichtung eines Preßbureaus habe der Zentralverband bisher die Mittel flüssig machen können. In den schreielichsten Farben malte Herr Bueck dann das „rote Gespenst“ an die Wand. Die Vorgänge in Moabit hätten gezeigt, daß die rote Partei vor einem blutigen Aufruhr nicht zurück schrecke. Dann schilderte er die Niederlagen, die die Arbeitgeber in diesem Jahre erlitten haben: Zuerst bei der Aussperrung im Baugewerbe, ein Kampf, der aufgenommen wurde, obwohl der Arbeitgeberbund für das Baugewerbe auch nicht über einen Pfennig Geld verfügen konnte. Der Metallarbeiterstreik auf den Schiffswerften habe mit einer Niederlage der Werften geendet und auch der Streik der Straßenbahnarbeiter in Bremen endete mit einem Siege der Arbeiterschaft. Das zeige, daß es der deutschen Industrie zurzeit noch

an der nötigen Opferwilligkeit in solchen Lagen und an dem festen unbeugsamen Willensfehle, die Gewerkschaften nieder zu zwingen. Der Redner teilte mit, daß das Direktorium des Zentralverbandes von der Regierung strengere Strafbestimmungen gegen sozialdemokratische Ausschreitungen verlangt habe. Seine Hoffnung, daß die Vertreter der Landwirtschaft selbst eine Ermäßigung der Lebensmittelzölle beantragen würden, sei durch die letzte Rede des Dr. Gahn leider zerstört worden. Man müsse damit rechnen, daß der Bund der Landwirte die Industriezölle bekämpfen würde, wenn der Landwirtschaft nicht noch höhere Zölle bewilligt würden. — Der nachfolgende Redner, Regierungsrat Dr. Schweighöffer, erwies sich als ein gelehriger Schüler des Herrn Bueck; er schlug in dieselbe Kerbe wie sein Herr und Meister. — Um Herrn Bueck das Scheiden aus seinem Amte zu versüßen, wurde mitgeteilt, daß eine Bueckspende gesammelt worden sei, die bisher den Betrag von 70.000 Mk. ergeben habe.

Vermischtes

Ämtliche Preisstatistik und Konsumverein. In Schöneberg werden von dem Polizeipräsidenten seit Jahren ebenso wie in anderen Orten Markt- und Ladenpreise für eine Reihe wichtiger Nahrungsmittel festgestellt. Der rührige Direktor des statistischen Amtes Dr. Kuczynsky fand nun, daß diese Feststellung der Preise doch nicht genügend sei, da sie kein Urteil darüber ermöglicht, zu welchen angegebenen Preisen die Umsätze in der Hauptsache erfolgen. Er wandte sich daher, wie in der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ bereits im 4. Jahrgange, Seite 747 mitgeteilt worden ist, an die Konsumgenossenschaft für Berlin und Umgegend und traf mit dieser die Vereinbarung, daß deren Schöneberger Verkaufsstelle dem statistischen Amte regelmäßig die Umsätze in den einzelnen Artikeln spezifiziert nach den Preisen übermitteln. Im dritten Verwaltungsbericht der Stadt Schöneberg werden nun für das erste Jahr 1907 die Zahlen veröffentlicht. Sie ermöglichen einen interessanten Vergleich zwischen den Preisen auf dem Markte, bei den Krämern und im Konsumverein. Es zeigt sich dabei, daß der Konsumverein, der ja grundsätzlich nur gute Ware führt, durchaus keine Schmutzkonzurrenz bedeutet. Nur selten sind seine Preise niedriger als die niedrigsten Markt- oder Ladenpreise, dagegen bleiben auch seine höchsten Preise stets vielfach sogar erheblich unter den höchsten Marktpreisen. Wenn man berücksichtigt, daß die Mitglieder des Konsumvereins am Jahreschluß eine Rückvergütung von 5 bis 6 Prozent erhalten, so kommt man zu dem Ergebnis, daß sie in ihrem Verein auch nur dasselbe zahlen, was sie im privaten Geschäft für die allerbilligste Ware zahlen würden, nur daß sie hier eben nicht Ausschußware bekommen.

Der achte Kongress der Gewerkschaften Deutschlands soll in der Zeit vom 26. Juni bis 2. Juli 1911 im Stablfestament „Livol“ in Dresden stattfinden.

Die „giltige“ Arbeitsordnung. Die Direktion der Wolfram-Lampen-Aktien-Gesellschaft in Lechhausen bei Augsburg erließ vor einiger Zeit eine neue Arbeitsordnung, die unglaublich rigorose Bestimmungen enthält und in gar keiner Weise den Bestimmungen der Gewerbeordnung entspricht. In dieser Arbeitsordnung wurde unter anderem auch die bisher bestehende 14-tägige Kündigungsfrist durch eine 1-tägige Kündigungsfrist ersetzt. Die Bestimmungen dieser Arbeitsordnung sind nicht nur ungerecht, sondern auch ungesetzlich. Die Arbeiterschaft protestierte gegen dieses ungesetzliche Vorgehen der Firma und erkannte die neue Arbeitsordnung nicht an. Die Antwort war die sofortige Entlassung mehrerer Arbeiter, die dieserhalb bei der Direktion vorstellig wurden. Einer der entlassenen Arbeiter verklagte hierauf die Firma wegen Nichteinhaltung der Kündigungsfrist auf Entschädigung für 14 Tage. Das Gewerbegericht Lechhausen hatte nun zu entscheiden, ob die Firma berechtigt war, Arbeiter auf Grund der ungesetzlichen Arbeitsordnung ohne Kündigung zu entlassen, nachdem bisher eine 14-tägige Kündigungsfrist üblich war. Das Gewerbegericht bejahte diese Frage und wies die Klage kostenfällig ab. In der Urteilsbegründung heißt es: Das Gericht erkennt an, daß dem § 134d der Gewerbeordnung nicht Genüge geleistet ist, denn der Krankenausschuß könne in diesem Falle nicht als Arbeiterausschuß angesehen werden und nicht als Vertreter großjähriger Arbeiter gelten. Dennoch erachte das Gericht die Arbeitsordnung als gültig, denn die Verletzung der Bestimmung der Gewerbeordnung könne nur eine Bestrafung zur Folge haben. Das Urteil des Gewerbegerichts Lechhausen muß als ein Fehlurteil bezeichnet werden. Die Festsetzung einer Arbeitsordnung

Ist ein Rechtsgeschäft. Der § 125 des B.-G.-B. sagt darüber: Ein Rechtsgeschäft, welches der durch Gesetz vorgeschriebenen Form mangelt, ist nichtig. . . Auf diesen Standpunkt hätte sich auch das Gewerbegericht Lechhausen stellen müssen.

Wie die Arbeitergrošchen verwaltet werden, darüber stellt nun auch der Biedermann Lebius in seinem gelben „Bund“ tief sinnige Betrachtungen an. Der hatte noch gefehlt, nachdem die Reichsverbandspresse sich schon die Finger wund geschrieben hatte, um nachzuweisen, daß für Verwaltungszwecke ein großer Bruchteil der Einnahmen in den Gewerkschaften drauf ginge. Wollten wir das Lebius'sche Geschreibsel widerlegen, so müßten wir demselben zuviel Ehre antun. Als Kuriosum wollen wir nur anführen, was Lebius alles zu den Verwaltungskosten rechnet. Außer den persönlichen und sachlichen Verwaltungskosten der Hauptklassen und denen der Lokal- und Gauklassen rechnet er die Ausgaben für Agitation, Generalversammlung, Statistiken, Stellenvermittlungen, Drucksachen usw. Auf die Art kommen 41,2 Prozent der Gesamtkosten auf Verwaltungskosten heraus. Natürlich fehlt in der Aufstellung auch der für die Rechnung verhältnismäßig hohe Beitrag von 13,4 Prozent nicht, der den Zahlstellen verblieb, eine Summe, die als Fonds in den Zahlstellen vorhanden ist. Lebius und seine Geistesverwandten zeigen damit eine sehr schwache Ahnung vom Rassenwesen. Als Verwaltungskosten sind zu rechnen für persönliche Verwaltungskosten der Hauptklassen 1,7 Prozent und für sachliche 1,1 Prozent; dazu kommen 12,0 Prozent für Verwaltungskosten der Lokal- und Gauklassen, das sind noch nicht 15,0 Prozent. Die Ansicht bei diesen Rechnungen, nämlich den Nachweis zu führen, daß die Gewerkschaftsführer sich von den Arbeitergrošchen mästen, hat der lezt hin angegriffene Verband der Buchdruckereihilfsarbeiter zum Ueberfluß damit abgewehrt, indem er feststellte, daß auf jeden seiner Beamten im Durchschnitt 1465 Mk. Jahresgehalt kommt. Dafür betreiben ja wohl der Biedermann Lebius und das ihm nahe stehende Geistesgelichter ihr ehrsameres Handwerk nicht. Uebrigens: Wieviel von den Beiträgen der Gelben gehen denn nach der Lebius'schen Aufstellung für Verwaltungszwecke drauf?

Amerika. Ueber die Entwicklung des Amerikanischen Gewerkschaftsbundes wird unter anderem in dem letzten Bericht desselben gesagt: Am 1. Oktober 1910 waren der Landeszentrale angeschlossen 120 Zentralverbände, 39 Staats- oder Territorialverbände, 632 Gewerkschaftslokale, 431 Lokalgewerkschaften und 216 andere Verbände. Die angeschlossenen Zentralverbände haben annähernd 28 000 Zweigvereine, von denen 2157 im letzten Jahre gegründet sind. Die durchschnittliche Mitgliederzahl war im Berichtsjahre 1 561 151, gegen 1 482 872 im Jahre 1908/09, 1 586 885 im Jahre 1907/08. Daraus folgt, daß der durch die letzte Krise verursachte Mitgliederrückgang so gut wie eingeholt ist. Der Bericht rechnet außerdem mit rund 100 000 Mitgliedern der angeschlossenen Verbände, für welche ein Beitrag nicht gezahlt wird. Die Gesamteinnahmen der Federation beliefen sich auf 193 470 Dollar, gegen 232 377 Dollar im Vorjahre. Im Laufe des letzten Jahres wurden von sämtlichen angeschlossenen Mitgliedern Extrabeiträge erhoben wie folgt: zwei Cents pro Mitglied zur Unterstützung der Hutmacher in ihrem Kampfe gegen Loewe u. Co., in dem sie zu 222 000 Dollar Schadenersatz verurteilt waren. Als es der Forderung h... Dieser Zwei-Cents-Beitrag brachte 27 700 Dollars ein, ein weiterer Drei-Cents-Beitrag für den gleichen Zweck aber nur 1150 Dollar. Dann wurde je ein Ein-Cents-Beitrag ausgeschrieben für die Verteidigung der angeklagten Leiter der American Federation of Labor in dem bekannten Boykottprozeß, sowie zur Agitation in besonders gefährdeten Orten, doch haben beide Ausschreibungen fast gänzlich versagt. Die angeschlossenen Verbände berichten über insgesamt 827 Streikbewegungen, von denen 470 mit vollem Erfolge, 84 mit teilweisem Erfolge endeten, während 62 Streiks verloren gingen und 259 noch nicht beendet waren. Insgesamt waren 341 448 Arbeiter beteiligt; Verbesserungen wurden für 502 996 Arbeiter erzielt, während 12 309 Beteiligte keinerlei Vorteile errangen. Das Vermögen der American Federation ist von 165 000 Dollar auf 180 000 Dollar gestiegen. Scharfe Kritik wird in dem Bericht an dem Verhalten des Parlaments geübt, das sich seine Rechte als Volksregierung beschneiden läßt und dessen Mitglieder aus Furcht, Vorteile einzubüßen, nicht zu opponieren wagen. Den Kampf um die ursprünglich demokratische Verfassung und Form der Volksregierung werden die Gewerkschaften weiter führen müssen. Der Anschluß an das internationale Sekretariat hat bedeutend

zur Annäherung der Gewerkschaften Amerikas und der alten Welt beigetragen. Es wird empfohlen, auch zur nächsten internationalen Konferenz der gewerkschaftlichen Landeszentralen, die 1911 in Budapest stattfindet, einen Vertreter zu entsenden und die in Paris gestellten Anträge auf Schaffung einer internationalen Federation der Arbeit aufrecht zu erhalten. Mit Bedauern wird konstatiert, daß den Anforderungen des internationalen Sekretärs Legien in bezug auf statistische Mitteilungen über die amerikanischen Gewerkschaften nicht entsprochen werden konnte, weil in dieser Beziehung leider von den amerikanischen Gewerkschaften noch zu wenig getan werde. Es wird daher ausdrücklich auf die Notwendigkeit hoher Beiträge, Ausbau des Unterstützungswesens, Vereinheitlichung der Methoden und Einrichtungen sowie Ausbau der Statistik hingewiesen.

Belgien. Die belgischen Grubenarbeiter haben einen Kongreß abgehalten, auf dem 120 000 Minenarbeiter vertreten waren. Interessant ist, daß auf dem Kongreß der Beschluß gefaßt wurde, in der nächsten Zeit alle Bergarbeiter des Landes in einen eintägigen Generalstreik eintreten zu lassen. Der Tag des Generalstreiks ist noch nicht festgesetzt worden. Durch den Generalstreik soll die Regierung gezwungen werden, die Altersversorgung der Bergarbeiter in dem notwendigen Umfange und nicht mit halben Maßnahmen zu sichern. Für den Generalstreik haben nicht nur die sozialdemokratischen Gewerkschaften, sondern auch die anders organisierten Verbände gestimmt.



Der Schuhmann.

Da stand er nun, von höheren Gewalten postiert, die Ordnung zu hüten, und lugte — die Hand am Revolver — sorgsam aus. Bedäugte mißvergnügt einen mageren Menschen, der langsam vorbei trottete, schüttelte den Kopf, schaute wiederum aus und fand und fand nichts, das sich hätte hüten lassen.

Wenn man nachdachte: — Es war doch eigentlich ein Hundeleben, so tagaus tagein in den Straßen zu stehen, an den Ecken und in Hausfluren, und aus Langeweile Pferde zählen, während in den Gledern die besten Kräfte gärten und hinaus drängten an den Tag.

Ein Kollwagen rumpelte vorbei.

Er war hoch beladen mit langen Risten, auf denen „Lanolin-Seife“ stand und mußte schon ein gut Stück Wegs hinter sich haben; denn der Mann, der ihn schob, pufete und prufete und wischte sich den Schweiß von der Stirn.

Der Ordnungshüter sah ihm neidlich nach.

Der hatte es gut! Der arbeitete! Reuchte und prufete vor seinem Wagen, schimpfte, wenn er schwer, war froh, wenn er leicht war, und stieg abends ins Bett mit dem köstlichen Bewußtsein, Seife geschoben zu haben. Gewiß! Seife war ein nützliches Ding. Alles brauchte Seife — ohne die ging's nicht. Und wenn er sie nicht geschoben hätte —

Er dachte nach und nickte mit dem Kopf.

Gewiß! . . . Vielleicht hatte er sie gar zum Bahnhof gebracht. Dort wurde sie nun verladen, und die Packer machten große Schnörkel daran und dann ging's los, heidi! — erst nach Hamburg und dann übers Meer, weiß Gott wohin, vielleicht gar bis zu den Sonagen in Afrika. Die woben ein Netz aus Seide und Wolle — so wie Gott sie geschaffen hatte, ganz ungeteert mitten in der Sonne — laut quiekten und kreischen und sich grunzend die schwarzen Bäuche waschen. . . .

Das mußte der Mann natürlich nicht. Wie sollte er auch? Das mußte er nur. Aber immerhin — wenn er sie nicht geschoben hätte, wäre sie nicht in Afrika. . . .

Er legte die Hände auf den Rücken und trollte sich die Straße hinab.

Ja, der hatte es gut! Hatte immer zu tun, brauchte keine Pferde zu zählen und nicht Tag für Tag zu warten, bis irgend einer fragte, wo Berlin sei, oder einer einen Auflauf machte. Einen Auflauf —! Gott war das lange her! Nicht aus zu denken, wie lange! Schnee hatte noch gelegen. Und als er den Kerl anpackte, waren seine Hände vom Frost ganz steif gewesen. Beinahe ärgerlich war er gewesen, daß er sich so lange mit ihm rumzerren mußte in der Kälte. . . .

Er ärgerte sich noch jetzt.

Im Winter, wenn man sich am liebsten in einen Torweg stellte und sich tüchtig einmummelte und die Hände in die Taschen vergrub, da kam so ein Kerl — gerade wie absichtlich! — und machte Skandal. Im Winter — da fielen

alle Pferde. Da wußte mit einem Male kein Mensch mehr, wo die Bügelmstraße war. Aber im Frühling, wenn die Sonne schien und die Luft plötzlich so ganz anders war, so würzig und lau und stark, daß man sich bei jedem Atemzuge hätte recken und dehnen mögen, überhaupt gerade, wenn man darauf brannte, — dann war gewiß nichts los!

Er wurde immer ärgerlicher.

Was liefen die bloß alle so? Würden schon noch hinkommen . . . würde nichts weglafen. . . . Als wenn sie wirklich was besonderes vorhätten, als wenn man das nicht wüßte . . . lächerlich! Warum fragten sie bloß nichts? Da — die alte Tante! Konnte die nicht bitten, daß man sie über den Damm führet! — Nein, sie muß unter die Räder! So alt und so dumm! Natürlich, wenn's dann zu spät ist — —

Er sah ihr grimmig nach und schüttelte den Kopf.

Keiner wollte was von ihm wissen. Alle gingen vorbei. — —

Vor ihm, an einem der Bäume, die das Trottoir begrenzten, spielte eine Kinderschar. Ein kleiner Junge rollte Marmeln in ein Loch, das sie in die Erde gebuddelt hatten. Er war mit Leib und Seele bei der Sache. Jedesmal, wenn eine Kugel Miene machte, stehen zu bleiben, geriet er in Angst und Spannung, beugte sich auf den Zehenspitzen vor, streckte die gespreizten Finger von sich und verharrte regungslos, den Blick auf die Kugel geheftet. Und jedesmal, wenn sie dann doch eine Senkung erreichte und dem Ziel zurollte, klatschte er in die Hände und hüpfte auf einem Bein.

Der Mann der Ordnung sah aufmerksam zu.

Da stand er, der Knirps, kampfte mit dem Fuß und zog ein bitterböses Gesicht: Die Kugel war nicht ans Ziel gekommen. Fast schien es, als wollte er vor Ärger weinen.

„Je,“ sagte der Schutzmännchen plötzlich und trat ganz nahe heran, „du wirfst doch nicht —? Wer wird denn weinen? Stärker schieben muß du!“

Der Kleine sah verwundert auf.

„Es hilft alles nicht,“ sagte er mit kläglichem Stimmchen. „Wenn ich schwach schiebe, bleiben sie stecken und wenn ich stark schiebe“ — er schluckte an den Tränen — „dann — dann . . . rollern sie alle vorbei. . . .“

Der Schutzmännchen nickte verständnisvoll. „Im . . . vorbei . . . Zu stark muß man auch nicht. Alles mit Maßen. Erst ordentlich hingucken und dann zielen und dann — hopp! Na, zeig mal. . . .“

Er nahm eine Kugel, hockte sich umständlich hin, zielte einmal, zweimal und schoß ab.

„Hurra!“ schrie der Junge und die ganze Schar stimmte ein.

Die Kugel war zum Ziel gegangen.

„Noch einmal!“ bat der Junge. „Für mich — noch einmal!“

Die Straße lag leer. Vor einem Lastwagen nickte ein müder Gaul und fern am Wasser beschnupperte ein eifriges Hündlein einen Baum. Und die Erde duftete so stark und der Wind war so lau und die Sonnenlichter hüpfen und lockten und tanzten — — Frühlingsluft!

„Für mich . . . noch einmal!“

Da schoben sie denn. Noch einmal und noch einmal und noch einmal. . . .

— — Vom Neubau gegenüber sah ein Mann zu und lachte. Und so sehr der „Onkel“ auch bei der Sache war, — als er aufblickte, sah er das Lachen doch und ärgerte sich.

Was hatte der zu lachen? Lachte er etwa über ihn? Ueber ihn — hm . . . Der Mann der Ordnung begriff: — Es war doch eigentlich nicht schicklich, Marmeln zu spielen. . .

Aber was ging das den an? Was hatte er zu lachen? Was hatte er überhaupt da zu stehen?

Er maß den Mann mit einem giftigen Blick.

Der stand seelenvergnügt, als sei nichts vorgefallen, da, sah bald auf den „Onkel“, bald auf den Bau, ging einige Schritte auf und ab und kam dann wieder an seinem Standort zurück.

Der „Onkel“ dachte nach.

Einer, der am Werktag, wenn alle arbeiten, auf der Straße steht und harmlose Menschen angafft und über . . . über königliche Beamte lacht und vor Langeweile nicht weiß, was zu tun — das war entschieden ein verdächtiger Mensch! Was wollte er? Was schaute er so nach allen Seiten aus? Was suchte er hier beim Bau?

Und plötzlich ging dem Hüter der Ordnung ein Licht auf. Beim Bau?! Ha — ha — ha! Wie er bloß nicht schon früher darauf gekommen! Da drüben streckten sie ja!

Er richtete sich stramm auf, in seine Gestalt kam Leben. Ha — ha — ha! Famos! Wunderbar! Kein Zweifel mehr: — Ein Streikposten!

Er ging klirrend über die Straße. Der Helm bligte. Der Säbel wippte. . . .

Natürlich! Schon wie er aussah! Das Kinn voller Bartstoppeln, spöttische Augen, eingefallene Wangen, — natürlich einer von denen!

Der Fremde beobachtete gerade die Zimmerleute, die einen Balken aufwanden. Da trat der „Onkel“ auf ihn zu.

„Was machen Sie hier?“ herrschte er ihn an.

„Ich?“ — der Mann sicherte — „ich suche einen zum Marmeln spielen.“

Der „Onkel“ schäumte.

— So ein Frechbuchs! „Marmelnspielen,“ sagte er. Dem wollte er's zeigen.

„Ich fordere Sie auf weiter zu gehen!“ knirschte er.

Der Mann lachte.

„Störe ich Sie etwa? Ich störe Sie nicht. Ich störe niemanden. Und die Straße ist breit.“

„Ich fordere Sie nochmals auf weiter zu gehen!“ klang es zurück.

Und wieder lachte der Mann. So ganz unverschämt gemächlich.

„Tja, denn wollen wir man . . . Tja, denn Adieu!“

Er tat einige Schritte und blieb stehen.

„Eigentlich ist es schade“, sagte er, „wirklich schade . . . Sie gefallen mir“ — um seine Mundwinkel zuckte es wie Lachen — „Sie sind ein . . . ein so netter Mann. . . .“

Im nächsten Augenblick bog er um die Ecke und war verschwunden.

Der Mann der Ordnung legte die Hände auf den Rücken und stolzierte die Straße entlang.

Er hatte sein Gleichgewicht gefunden. Er fühlte sich wieder. Er lebte. . . .

Also war er doch nicht umsonst! Umsonst? Oho! Was für Gedanken! Wie konnte er bloß —? Er — er reckte sich noch höher auf — wie konnte er umsonst sein?! —

Versammlungs-Berichte etc.

Dresden. Die Agitationskommission hatte durch Rundschreiben die Zahlstellen des Bezirks geladen und hatten Goldberg, Döbeln, Dresden, Freiberg, Grünhain, Leipzig, Margarethenhütte, Meißen, Neustadt, Rössen, Pötschappel, Radeberg und Mügeln Vertreter entsandt. Von Ramenz war ein Schreiben eingegangen, worin das Nichtbesuchen der Konferenz begründet wurde, während von Adorf keine Nachricht vorlag. Zur Beratung standen folgende Punkte auf der Tagesordnung: 1. Bericht der Agitationskommission. 2. Die Wirkungen der Beschlüsse der Generalversammlung 1908 in den Zahlstellen. 3. Die Verschmelzungsfrage. 4. Die Generalversammlung 1911. Kollege Jungnickel berichtete über die Tätigkeit der Agitationskommission von 1909 bis zur Tagungszeit, ausführend, daß, obwohl auch in unserem Bezirk die Zunahme der Mitgliedschaft sich in stetig steigendem Maße bewege, doch zu konstatieren sei, daß immerhin noch die größte Anzahl unserer Berufskollegen uns fern stehe. Er ersuchte die Delegierten deshalb, in den Zahlstellenverwaltungen dahin wirken zu wollen, daß die von der Agitationskommission ausgesandten Fragebögen schneller ihre Erledigung fänden. Neu gegründet wurden in der Berichtszeit die Zahlstellen Adorf und Mügeln. Differenzbewegungen sind im Bezirk zu verzeichnen, die sich auf 6 Zahlstellen verteilten und die auf Grund von Verhältnisse im Arbeitsverhältnis verschiedener Art von Mitgliedern einige Verbesserungen brachten. So vor allen Dingen Arbeitszeitverkürzungen. Wollen Erfolg haben wir bei diesen Differenzen nach der moralischen Seite hin zu verzeichnen, hat doch das Zusammengehörigkeitsgefühl der betreffenden Kollegen durch diese Bewegungen gewonnen. — In der interessanten und ausgiebigen Debatte kam die Anerkennung der Arbeiter der Agitationskommission zum Ausdruck. Auch wurde der Meinung beigetreten, daß man dem Eindringen des Fabrikarbeiterverbandes in den Betrieben einiger Zahlstellen möglichst entgegen treten soll, um eine Reibung und Spaltung der Betriebskollegen zu verhindern. — Kollege Seebald referierte sodann über die Verschmelzung des Töpfer-, Glas- und Porzellanarbeiterverbandes zu einem keramischen Industrieverband und führte unter anderem aus, daß ohne Zweifel durch Zusammenlegung der Kräfte eine Stärkung des Verbandes zum Nutzen der Mitglieder herbei geführt wird, und daß auch in unserem Bezirk ohne weiteres durch das planmäßige intensive Erläutern der Notwendigkeit des Zusammenschlusses durch eine unabhängige Person ein rascheres Vorwärtstommen, ein größerer Erfolg zu verzeichnen sein würde. Das Klassenbewußtsein würde durch stärkere Agitation ausgebreitet, was zur Zeit, trotz der guten Zusammenstellung der „Ameise“, vielfach noch zu vermissen ist. Wir würden aber durch die Verschmelzung wohl in der Lage sein, die Möglichkeit einer besseren Durchbildung der Mitglieder zu schaffen. Kollege Seebald behandelte sodann in ausführlicher Weise die Beitrags- und Unterstützungsfrage der drei Verbände und wies zahlenmäßig nach, daß die Voraussetzung der Verschmelzung die Herabsetzung der Unterstützungen in unserem Verbands sei, während die übrigen zwei Verbände genötigt sein werden, ihre Beiträge zu erhöhen. Es müssen auf beiden Seiten Opfer gebracht werden, um den Zusammenschluß perfekt zu machen. Die

Ausführungen über diese wichtigste Angelegenheit der nächsten Generalversammlung fanden bei den Delegierten Zustimmung. Es wurde erklärt, nachdem verschiedene Redner und auch Genosse Seebald im Schlußwort auf die Äußerungen der colbiger Vertreter, die den Widerstand der dortigen Kollegen gegen eine Verschmelzung wegen der Herabsetzung der Unterstufungen zur Sprache brachten, Bezug genommen hatten, daß die Verschmelzung im Sinne des Referates in den Zahlstellen behandelt werden soll. Zur Generalversammlung 1911 wurden in der Diskussion Anregungen gegeben, welche sich auf die Agitation unter den neu gewonnenen Mitgliedern und Unorganisierten beziehen. Der Hauptvorstand soll veranlaßt werden, eine Broschüre heraus zu geben, die in kurzen Abschnitten folgende Fragen behandeln soll: 1. Warum wir uns organisieren? 2. Wert der Organisation; 3. Die Schädlichkeit der langen Arbeitszeit in sozialer und gesundheitlicher Beziehung; 4. Ueberstundenwesen; 5. Auszüge aus der Gewerbeordnung: Kündungsverhältnis, Lohnzahlung, Lohnpfändung usw. betreffend; 6. Unsere Stellung zur politischen Partei und den Genossenschaften. Einer anderen Anregung zufolge sollen die vorerwähnten Thematika auf Flugblättern behandelt werden, die sodann zur planmäßigen Agitation unter den Unorganisierten verwandt werden sollen. Beide Vorschläge fanden die Zustimmung der Delegierten und werden dieselben dahin wirken, daß die Zahlstellen sich damit befassen. Besteht doch nun mal die Tatsache, daß es an Aufklärung unter uns noch sehr mangelt, andererseits liegt aber auch die Gefahr der Verflachung unseres Organs durch öfteres Behandeln dieser wichtigen Abschnitte für die mit solchen Dingen vertrauten Kollegen vor. Es dürfte mit einer solchen Broschüre ein Weg gefunden sein, der beiden Teilen gerecht wird. Dieselbe soll den neu gewonnenen Mitgliedern bei Ueberreichung des Statuts und Mitgliedsbuches ausgehändigt werden. Die Kosten können durch mäßige Erhöhung des Eintrittsgeldes gedeckt werden. Die Generalversammlungsbeschlüsse von 1908 haben allerorten zu ausreichenden Kritiken Anlaß gegeben, jedoch war zu konstatieren, daß die Mitglieder von der Sanierung der Kasse und von der Notwendigkeit der Erhöhung der Beiträge überzeugt sind. Hervor gehoben wurde von einigen Delegierten, daß, wenn die Generalversammlung von 1908 den Antrag 50 des Vorstandes angenommen hätten, wir diesmal vor weniger bedeutenden Änderungen unseres Unterstützungs- und Beitragsystems ständen. Es wurden sodann noch von einigen Delegierten interessante Vorkommnisse in den Zahlstellen berichtet, worauf die Konferenz vom Genossen Jungnickel mit einem nochmaligen Hinweis auf die Förderung unserer Interessen geschlossen wurde.

Versammlungs-Anzeigen

- Ahlen.** Sonnabend, 17. Dezember, 1/2 9 Uhr, im Vereinslokal.
- Amberg.** Sonntag, 18. Dezember, vormittags 1/2 10 Uhr, auf der Alm. Neuwahl der Verwaltung.
- Annaburg.** Sonnabend, 17. Dezember, 8 1/2 Uhr, im Lokale des Herrn Bock (Gesellschaftshaus). Neuwahl der Verwaltung.
- Bayreuth.** Sonnabend, 17. Dezember, 8 Uhr, bei Herrmann, Blumenstraße 20. Neuwahl der Verwaltung.
- Berlin.** Montag, 19. Dezember, 9 Uhr, Plakatmaler bei Boß, Klosterstraße 101.
- Blankenhain.** Sonnabend, 17. Dezember, 8 1/2 Uhr, in der „Krone“. Neuwahl der Verwaltung. Sämtliche Bibliothekbücher mitbringen.
- Bonn.** Sonnabend, 17. Dezember, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus, Sandkaule 18. Neuwahl der Verwaltung.
- Döbeln.** Sonnabend, 17. Dezember, 8 Uhr, bei Schmidt, Neugasse, Generalversammlung. Neuwahl der Verwaltung.
- Dülledorf.** Sonnabend, 17. Dezember, 8 1/2 Uhr, bei Herrn Jos. Ritz, Jahnstr. 84.
- Ellerwerda.** Sonnabend, 17. Dezember, 8 Uhr, im Gasthaus zur Sonne. Neuwahl der Verwaltung.
- Eilenberg.** Sonnabend, 17. Dezember, im Altenburger Hofe. Neuwahl der Verwaltung.
- Freienort.** Sonnabend, 17. Dezember, 1/2 9 Uhr, im Saaltal zu Raschhausen.
- Gotha.** Sonnabend, 17. Dezember, 8 1/2 Uhr, im Volkshaus zum Mohren. Neuwahl der Verwaltung.
- Gräfenhain.** Sonntag, 18. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Gasthof zum Steiger.
- Gräfenroda.** Sonnabend, 17. Dezember, 8 1/2 Uhr, bei Wächter. Neuwahl der Verwaltung. Sämtliche Bibliothek- und Zeitungsbücher mitbringen.
- Hildburghausen.** Sonntag, 18. Dezember, nachmittags 3 Uhr, im Gasthof zum Steiger. Neuwahl der Verwaltung. Sämtliche Bibliothek- und Zeitungsbücher mitbringen.
- Kleinembach.** Montag, 19. Dezember, 1/2 7 Uhr, im Vereinslokal zur guten Quelle. Neuwahl der Verwaltung. Bibliothekbücher mitbringen.
- Königslee.** Sonntag, 18. Dezember, nachmittags 4 Uhr, im Rathaus. Neuwahl der Verwaltung.
- München.** Sonnabend, 17. Dezember, 8 Uhr, im Vereinslokal „Goldener Leu“, Zweigstraße. Neuwahl der Verwaltung.
- Nürnberg.** Sonnabend, 17. Dezember, 8 1/2 Uhr, im Gewerkschaftshaus, Neuegasse. Neuwahl der Verwaltung.
- Speichersbrunn.** Sonntag, 18. Dezember, 7 Uhr, in Sahnlein's Brauerei. Neuwahl der Verwaltung.
- Uhlstädt.** Sonntag, 18. Dezember, nachmittags 3 Uhr, auf der Hünenburg. Neuwahl der Verwaltung. Bibliothekbücher mitbringen.
- Weiden.** Sonnabend, 17. Dezember, 8 Uhr, im Restaurant zur Sonne. Neuwahl der Verwaltung.
- Zell a. S.** Sonnabend, 17. Dezember, 8 Uhr, im Badischen Hof. Neuwahl der Verwaltung.

Arbeitsmarkt

Mengersgereuth. Vor der Arbeitsannahme hiersebst mögen sich die Kollegen bei der Zahlstellenverwaltung erkundigen.

Celtow. Wegen bevorstehender Differenzen mögen die Kollegen vor Arbeitsannahme hiersebst sich bei der Zahlstellenverwaltung erkundigen. Die Zahlstellenverwaltung.

Glasmaler sucht Stellung auf leichte Dekor. Antritt sofort. Angebote erbitte postlagernd Nr. 4 Fürstenberg a. D.

Schriftenmaler, auf Emaille- und Farbschriften, sucht sofort Stellung. Gesl. Offerten unter R. 5062 an die Expedition der Ameise erbeten.

Dreher und Steyer, in Porzellan-, Steingut- und Tonwaren gleich firm, sucht möglichst bald passende Stellung. Gesl. Angebote unter A. S. 6 an die Expedition dieses Blattes erbeten.

Dreher, welcher auf Flachgeschirr sowie für dünne Becher eingearbeitet ist, sucht baldigst Stellung. Off. unter G. T. erb.

Dreher sucht sich zu verändern, am liebsten auf Dessert-Teller oder Schalen mit Hubel. Offerten unter G. F. erbeten.

Anzeigen

Gräfenhain. Die hiesige Zahlstelle unseres Verbandes begeht ihr diesjähriges **Stiftungsfest** am 1. Weihnachtstfesttag durch einen Theaterabend. Zur Aufführung gelangt das 4aktige Volksstück „Der Brandstifter“. Pflicht aller Verbandsmitglieder ist es, zu erscheinen, da der Ueberschuß dem Ortsfonds zur Unterstützung bedürftiger Kollegen überwiesen wird. Anfang 8 Uhr im Schießhaus. Eintritt 30 Pfg. Die Ortsverwaltung.

| | | |
|--|---------------------------|----------------------------|
| Preis der 2 gespaltenen Beitragteile 30 Pfennig | Geschäfts-Anzeigen | Bezahlung ist Bedingung |
|--|---------------------------|----------------------------|

Gold- und Silberscheide-Anstalt von Max Haupt, Dresden N., Blasewitzerstraße 64-66.

Goldschmied, sowie goldhaltige Ringe, Lappen, Stupfer, Pinsel, Paletten, Näpfe, Flaschen usw. werden ausgeschmolzen und das Gramm Feingold mit 2,78 Mark angekauft. — Schnelle reelle Bedienung.

Goldabfälle jeder Art, Goldwatten, Lappen usw. kauft zu den höchsten Preisen Goldschmelze **E. Hecht,** Berlin S., Sebastianstr. 76, am Moritzplatz.

Goldabfälle, sowie alle goldhaltigen Sachen kauft zu höchsten Preisen **Emil Theimer,** Langenliefen.

Alle Gold-, Platin- und Silber-Abfälle

| | | |
|---|---|---|
| Zahle weil grossen Umsatz höchste Preise |  <p style="font-size: small;">Reelle schnelle Bed. Otto Seifert, Zwickau's.</p> | Edel- Metall- Schmelze Gegründet 1896 |
|---|---|---|

Osterwelthstrasse 32.

Goldschmelze kauft zu den höchsten Preisen alle goldhaltigen Sachen kauft zu den höchsten Preisen. Schnelle reelle Bedienung. **H. Haupt, Dresden-N., Gneissaustr. 6.**

Goldschmied, verdicktes Glanzgold und iontliche goldhaltigen Sachen kauft stets zu höchsten Preisen bei pünktlicher und reeller Bedienung. Man verlange Prospekte. **Emil Böhme, Eilenberg, S.-H.** Aeltestes Geschäft dieser Art. Bitte genau auf meine Firma zu achten!

Goldschmied, sowie goldhaltige Lappen, Pinsel, Paletten, Flaschen, Näpfe usw. werden ausgeschmolzen und das Gramm Fein-Gold mit 2 M. 60 Pfg. angekauft. Sendungen werden schnell erledigt. **H. Haupt, Dresden-N., Gneissaustr. 6.**

Goldschmied, Goldflaschen und alle in der Vergoldderei vorkommenden Abfälle kauft bei pünktlicher reeller Bedienung, **Oskar Rottmann, Stadtilm i. Thür.**